

P R E S S E M I T T E I L U N G

SPD und LINKE wollen bessere Bezahlung für Kita- Personal

Mit einem Antrag hat die Stadtratsfraktion aus SPD und DIE LINKE eine bessere Bezahlung für die Beschäftigten in den städtischen Kitas gefordert. Vorgesehen war, neben Änderungen bei der Eingruppierung auch eine Augsburg Zulage, wie es sie in anderen stark wachsenden Kommunen und Kreisen mit ähnlicher Entwicklung auf dem Immobilienmarkt bereits gibt. Jetzt hat die Stadtregierung den Antrag als nicht zu verwirklichen abgelehnt.

Dr. Florian Freund, Fraktionsvorsitzender: „Die Stadt Augsburg hat als Arbeitgeberin in den vergangenen Jahren zunehmend Schwierigkeiten dringend benötigtes Personal – nicht nur aber besonders auch für ihre Kitas zu finden. In den letzten Jahren sind hunderte neue Betreuungsplätze entstanden und in den kommenden Jahren werden noch etliche weitere neue Plätze benötigt. Allein mit baulichen Maßnahmen werden jedoch keine Betreuungsplätze geschaffen. Die Personalprobleme lassen sich durch Neubauten oder die Erweiterung von Einrichtungen nicht lösen. Diese Problematik wurde in den zuständigen Gremien des Augsburger Stadtrates immer wieder angesprochen. Daher ist es aus meiner Sicht absolut unverständlich, dass die Stadt Augsburg weitere Anreize zur Personalgewinnung schlicht ablehnt. Warum das in der Landeshauptstadt München, im Münchner Landkreis funktioniert und nur wieder einmal in Augsburg angeblich keine Rechtsgrundlage gefunden werden kann, ist schon abenteuerlich. Wir müssen vom Verwalten zum Gestalten kommen“

Dirk Wurm, stellv. Fraktionsvorsitzender schlägt in die gleiche Kerbe. „Bayernweit schneidet Augsburg im Vergleich zu anderen Kommunen und Gemeinden mit einem Versorgungsgrad bei den Kita-Plätzen schlecht ab. Die Prognose, dass bis 2025 rund 4.500 Betreuungsplätze fehlen könnten, dürfte schon heute werdenden Eltern den Schlaf rauben.“

Die Landeshauptstadt München und andere Bayerische Kommunen sind wie die Stadt Augsburg Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband. Die Behauptung des Personalreferenten, dass es für eine bessere Bezahlung keine tarifrechtlichen Grundlagen gibt, bedeutet ja im Umkehrschluss, dass die Landeshauptstadt München und andere Kommunen tarifrechtswidrig handeln. Die Stadt Augsburg läuft durch diese ablehnende Haltung Gefahr der Verlierer in Bayern zu werden.“

Freund: „Der Großraum Augsburg ist inzwischen ein teurer Lebensraum. Die Lebenshaltungskosten (Mieten) sind in den letzten Jahren drastisch angestiegen und werden noch weiter steigen, die hohen Spritpreise tun ihr Übriges. Die Beschäftigten in den städtischen Kitas müssen sich ein Leben in Augsburg leisten können. Dazu fordern wir erneut, wie es vorausschauende Kommunen auch gemacht haben, ein ansprechendes Entgeltniveau für die Beschäftigten herbeizuführen.

Die Stadt Augsburg soll sich nicht über die Probleme bei der Personalgewinnung beklagen, sondern die bewährten und erfolgreichen Lösungen anderer Kommunen anwenden. Die Beschäftigten in den Kitas und wir als Fraktion erwarten das von den Verantwortlichen der Stadt.“

F.d.R.

Michael Egger

Fraktionsgeschäftsführer